

Fraktion DIE LINKE.  
im Stadtrat Gera  
Fraktionsgeschäftsstelle  
Dr. W. Neudert

### **Wichtige Ergebnisse der Sonder-Stadtratssitzung vom 27.10.2016**

Durch Entscheidung der OB, hat diese für den 27.10.2016 zu einer Sondersitzung des Stadtrates eingeladen, um dort einen Bericht zum aktuellen Sachstand der Gebietsreform zu geben.

Darüber hinaus bzw. dazu gab es einen Antrag der CDU-Fraktion zur „Ermächtigung der OB zur Wahrung der Rechte der Stadt Gera im Zuge der geplanten kommunalen Gebietsänderungen“ und einen Alternativantrag der Fraktionen von SPD und LINKE. (siehe Antrag und Redebeitrag A. Schubert).

In ihrem Redebeitrag übte die OB Kritik an der Landesregierung zur Gebietsreform, insbesondere am Umgang des Innenministers mit den kommunalen Vertretern. Von einer Verwaltungs- und Funktionalreform sei nichts in Sicht. Es würden lediglich Kreisgrenzen verändert. Ihren konkreten Forderungen will sie in einem Brief an die Landesregierung Ausdruck verleihen. „Gibt es keine Einsicht, bei der Landesregierung, sollte das gerichtlich erzwungen werden“ - so ihr Originalton.

Darauf reagierte M. Huster in seinem Redebeitrag, indem er die mit den Argumenten der OB sehr detailliert auseinandersetzte (siehe Redebeitrag).

Im Ergebnis der Diskussion zu den beiden Anträgen wurde eine Auszeit beantragt und die Fraktionen verständigten sie auf einen gemeinsamen Antrag mit nachfolgenden Inhalten:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. Gespräche mit Vertretern von Nachbargemeinden mit dem Ziel zu führen, um die Einwohneruntergrenze von 100.000 zu erreichen. In dieser Richtung soll die Oberbürgermeisterin mit der Landesregierung verhandeln.
  2. gezielt Gespräche mit Bad Köstritz und Weida sowie Wünschendorf zu führen, um die Möglichkeiten für die angedachte Variante Kommunalverband auszuloten. Auch dazu ist mit der Landesregierung und zusätzlich den betroffenen Landkreisen zu verhandeln.
  3. die Gespräche mit Vertretern der Landesregierung dahingehend zu führen, dass die Festlegung über die Untergrenze der Einwohnerzahl von 100.000 für die kreisfreie Stadt Gera ausgesetzt wird, da die statistischen Erhebungen nicht ausschließen, dass Gera diese Untergrenze erreicht. Dabei sollen die Besonderheiten des Oberzentrums Gera in Ostthüringen für einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung in Thüringen Beachtung finden.
  4. für den Fall, dass keine der ersten drei Varianten umgesetzt werden kann, mit den Vertretern der Landesregierung schriftlich zu vereinbaren, dass der neue Großkreis weitere Strukturhilfen erhält, damit die kommunalen Aufgaben besser gelöst werden können als derzeit.
- Darüber hinaus ist mit den Vertretern der Landesregierung dahingehend zu verhandeln, dass im Rahmen der vorgesehenen Funktionalreform Gera Kreisstadt wird, alle bisherigen

Einrichtungen in Gera vollumfänglich verbleiben und zusätzliche Landeseinrichtungen ihren Sitz in Gera erhalten.

5. für den Fall, dass Fristen verstreichen und nur noch die Möglichkeit über eine gerichtliche Entscheidung besteht, den Stadtrat rechtzeitig zu informieren, um die weiteren Schritte bis hin zur Klage zu besprechen und eine Entscheidung durch den Stadtrat zu treffen. In jedem Fall muss Gera aus dem Verfahren gestärkt hervorgehen.

6. Die Oberbürgermeisterin hat regelmäßig im Hauptausschuss über den aktuellen Sachstand und die Ergebnisse der eingeleiteten Maßnahmen zu berichten.

## **Redebeitrag Andreas Schubert**

(Begrüßung)

Seit vielen Jahren geht in Thüringen nun schon die Debatte über eine Anpassung der Strukturen an die aktuellen Entwicklungen im Land. Diese Anpassungen sind schon lange umgesetzt wurden in allen anderen ostdeutschen Bundesländern, weil es dort eine vergleichbare – negative – Entwicklung Stichwort Einwohnerzahlen gegeben hat. Offensichtlich haben die blühenden Landschaften im Osten in den letzten Jahrzehnten alles andere als eine Sogwirkung entfaltet...

In Thüringen hat sich die CDU als Regierungspartei jahrzehntelang dieser Notwendigkeit, Strukturen anzupassen verweigert, zum Schaden des Landes und seiner Zukunftsfähigkeit. Diese Arbeit leistet nun rotrotgrün:

Die Funktional- Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen wird umgesetzt und das ist auch gut so.

Auch für Gera, denn wir hatten in den letzten Jahren immer wieder unter überholten Strukturen zu leiden, z.B. darunter, dass im Landesverwaltungsamt – eine aus linker Sicht in weiten Teilen für unser kleines Bundesland unnötige Verwaltungseinheit – Mitarbeiter sich immer wieder als die besseren kommunalen Entscheider gesehen haben und schwerwiegende Fehlentwicklungen in Gera mitverantworten – Stichwort Stadtwerkeinsolvenz – Kreditgenehmigung entgegen Stadtratsbeschluss verweigert! Bis heute fehlt uns in dieser Rechtsaufsicht auf Arbeitsebene immer wieder die wohlwollende Begleitung der Entwicklung von Gera – wie sonst sind monatelange Genehmigungspausen von Haushaltsbeschlüssen des Stadtrats zu erklären 5 Monate in 2016?

An diesen Strukturen muss dringend was verändert werden – und die Reform dazu ist ja in Erarbeitung. Auch die Aufgabenverteilung, was ist ureigene Angelegenheit der Gemeinden, was übertragener Wirkungskreis, was wird im Ministerium erledigt und was auf der kommunaler, bzw. Kreisebene ist neu zu strukturieren. Dazu zählt selbstverständlich auch

die Finanzierungsstruktur – eine Neufassung des kommunalen Finanzausgleichs ist überfällig und ebenfalls in Arbeit.

Und dann gibt es auch die Reform der Gebietsstrukturen, die in der öffentlichen Debatte die größte Aufmerksamkeit genießt und auch hier ist die Diskussion nun endlich konkretisiert wurden mit dem Vorschlag des Innenministers vom 11. Oktober.

Die Linksfraktion will, dass diese Diskussion weiter aktiv geführt wird – wie kann Gera, wie kann Ostthüringen durch diese Gebietsreform maximal gestärkt werden? Und da verbinden sich auch bei uns in der Fraktion mit dem vorgeschlagenen Szenario eine ganze Reihe skeptischer Fragen, die weiter erörtert werden müssen.

Wir stehen hier am Anfang des Prozesses und nicht am Ende, so sehen das auch viele Akteure auf der Landesebene. Denn mit Sicherheit gibt es auch bei dieser politisch zu entscheidenden Frage Alternativen und keiner wird im Ernst behaupten wollen ein Vorschlag wäre alternativlos. Das wäre ja eine Bankrotterklärung für die Politik.

Für uns als Linksfraktion war klar und wurde schon im Februar hier im Stadtrat von mir ausgeführt – die Kreisfreiheit per se ist nichts Gutes und auch nichts schlechtes – wie man an kreisfreien und eingekreisten Städten unterschiedlichster Größenordnung in der ganzen Bundesrepublik sieht.

Es geht um die Frage der Ausgestaltung dieser oder jener Option. So wie die Kreisfreiheit jetzt ausgestaltet ist, nützt sie Gera kaum. Deswegen hatte der STADTRAT hier mit großer Mehrheit die Beschlussfassung zur Schaffung von Voraussetzung zum Erhalt der Kreisfreiheit getroffen.

Aber um diese Möglichkeiten, die der Stadtrat dafür gesehen hat zu nutzen, Frau Oberbürgermeisterin, braucht es deutlich mehr Aktivitäten von Ihrer Seite. Aktivitäten die über das, was Sie uns hier heute als Bilanz aus 8 Monaten seit dem Stadtratsbeschluss vorgelegt haben, deutlich hinausgehen müssen. Und schieben Sie nicht wieder ihre Verantwortung auf andere ab, schon gar nicht auf die direkt gewählten Landtagsabgeordneten der LINKEN ab: Margit Jung wie Dieter Hausold haben Ihnen wiederholt angeboten Sie bei den Gesprächen mit Umlandgemeinden zu unterstützen, aber sie können und werden diese nicht an ihrer Stelle führen!

Deswegen weise ich hiermit ihre öffentlichen Anschuldigungen mit aller Deutlichkeit zurück. Und weil wir hier Defizite in ihrem bisherigen passiven Agieren sehen, stellen wir mit der SPD-FRAKTION gemeinsam folgenden **Alternativantrag** (s.u.) zur Abstimmung:

Wir müssen endlich den Eindruck vermitteln, Gera kann und Gera will wachsen, prosperieren und Lokomotive statt Sorgenkind der gesamten Region sein. Dazu muss aber jetzt ein neues Aufbruchssignal gesendet werden, ein Umsteuern auch ihrer bisherigen Politik im Rathaus

ist dringend geboten. Statt über die Schließung des KuK wie in der Vergangenheit zu diskutieren, brauchen wir eine Entwicklungskonzeption für Kunst und Kultur in dieser Stadt als Markenzeichen – und dabei ist viel mehr als nur ein Vertrag zur Theaterfinanzierung gemeint! Die Linksfraktion hat dafür einen Vorschlag in die Diskussion eingebracht.

Statt über die Ausdünnung des ÖPNV in den Ortsteilen zu debattieren muss über ein Angebot an die Umlandgemeinden für eine Stärkung der Anbindung nach Gera gesprochen werden – Angebote müssen auf den Tisch.

Wir wollen doch für Gera begeistern! Reden Sie endlich mit **allen** Akteuren im Umland, damit wir die Chancen für Gera als Wachstumsregion nicht verpassen. Ihr bisheriges Agieren bei der Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen zur Steigerung unserer Attraktivität wie das Anreizprogramm zur Wohnsitznahme oder auch die Simsonkarte sendet die falschen Signale aus!

Sie bremsen statt zu beschleunigen!

Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Stadtratskollegen – wenn wir uns gemeinsam in der verbleibenden Zeit bis zur Entscheidung über die gesetzliche Neuregelung der Gebietsstrukturen in Thüringen hier im Stadtrat auf einen klaren Aktionsplan verständigen würden, auch unter Einbeziehung der Wirtschaftsverbände, wie wir Gera in den kommenden Jahren wachsen lassen wollen und gleichzeitig die Stärkung des Oberzentrums durch Eingemeindungen, so wie im Vorschaltgesetz vorgesehen, in einer bedeutenden Größenordnung gelingt, dann können wir auch mit Alternativen zur jetzigen Vorschlagsvariante Gehör finden, damit am Ende wirklich alle Vor- und Nachteile abgewogen werden können.

Denn Fakt ist auch: weder unseren zahlreichen Problemen noch dem Land insgesamt ist wirklich geholfen, sollte in Zukunft ein neues Gebiet in Ostthüringen entstehen, wo sich Problemlagen so manifestieren, dass sie eben nicht gelöst werden können, sondern dass dauerhaft eine Alimentierung durch das Land erfolgen müsste und sich die Region damit Gefahr läuft von der positiven Entwicklung Thüringens insgesamt abzukoppeln.

Die Neustrukturierung der Verwaltung, der Funktionen und der Gebiete im Land ist ein wichtiges Projekt aber längst nicht das einzig wichtige und schon gar nicht ist es das Projekt, was die Probleme unserer Stadt alle lösen wird, denn diese sind natürlich lange nicht nur von der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsstrukturen verursacht.

Die Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze hat es sich zur Aufgabe gemacht, gerade auch unsere Stadt auf dem Pfad in eine gute Zukunftsperspektive zu unterstützen und dafür wurde in den letzten Jahren auch wichtige Weichenstellungen

vorgenommen, wenn ich an die duale Hochschule, das Groß-Gewerbegebiet in Cretzschwitz, die Unterstützung für den zweigleisigen und vor allem elektrifizierten Ausbau der MDV oder auch das Freifunk-Pilotprojekt was wir hier umsetzen können, denke um nur einige konkrete Beispiele aufzuzählen.

Bodo Ramelow persönlich hat sich immer wieder für Entscheidungen zugunsten der Zukunft unserer Stadt eingesetzt und ist wie kein Ministerpräsident vor ihm immer wieder in Gera präsent. Deshalb steht außer Frage, dass auch bei der Reform der Gebietsstrukturen das Ziel verfolgt wird, Gera und damit die gesamte Region zu stärken.

Um vor dem Hintergrund der bestehenden Problemlagen die bestmögliche Entscheidungen zu finden, bleibt eine intensive Debatte notwendig, mit den Partnern in der Region, mit der Landesregierung und auch öffentlich mit unseren Einwohnern, um auf allen Seiten die Abwägung von Argumenten zu befördern. Wir als LINKE stellen uns dieser Debatte.

Auch Vorschläge und Hinweise aus den Regionen sind dabei von großem Gewicht, um im Ergebnis nicht nur Ostthüringen insgesamt, sondern ganz Thüringen besser aufzustellen.

Niemand der genau dies erreichen möchte, kann also hier und heute die Diskussion für beendet erklären.

Aber der wichtigste Diskussionspartner in diesem Prozess ist und bleibt die Oberbürgermeisterin. Deshalb bitte ich um Zustimmung für unseren Alternativantrag.

## **Alternativantrag**

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. zur Beschluss-Vorlage Drucksachen Nr. 90/2016

### **„Ermächtigung der Oberbürgermeisterin zur Wahrung der Rechte der Stadt Gera im Zuge der geplanten kommunalen Gebietsänderungen“**

*Die OB wird beauftragt,*

- 1. Gespräche mit Vertretern der Nachbargemeinden fortzuführen mit dem Ziel der Stärkung des Oberzentrums Gera. In dieser Richtung soll die Oberbürgermeisterin mit der Landesregierung verhandeln, um somit die Voraussetzungen für den Erhalt der Kreisfreiheit zu schaffen.*
- 2. mit Vertretern der Landesregierung dahingehend zu verhandeln, dass für den Fall der Umsetzung der in diesem Monat vorgestellten Pläne zur Gebietsreform, der Kreis Strukturhilfen erhält, damit die kommunalen Aufgaben besser gelöst werden können, als derzeit.*

3. *mit Vertretern der Landesregierung dahingehend zu verhandeln, das im Rahmen der vorgesehenen Funktionalreform zusätzliche Landeseinrichtungen ihren Sitz in Gera erhalten.*

A. Schubert

Fraktion DIE LINKE.

M. Hofmann

SPD-Fraktion